

## A. a) Leitgedanken

Neminem laede; imo omnes, quantum potes, juva.“

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

– DAS PRINZIP ALLER MORAL -

Arthur Schopenhauer

(\* [22. Februar 1788](#) in [Danzig](#); † [21. September 1860](#) in [Frankfurt am Main](#))

\*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!  
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

\*

***Heimat gestalten und nicht nur verwalten!***

Reinhard M. W. Hanke

*Leitgedanke der Arbeit der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin*

### Tag der Heimat: Deutsche Politikerweichen den harten Themen aus Von Gerd Facius

Der 70. Tag der Heimat des deutschen Bundes der Vertriebenen (BdV) ist weitgehend Geschichte. Er stand unter dem Leitwort „Menschenrechte und Verständigung - für Frieden in Europa“ - für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein Beweis, dass der BdV „im Laufe der Zeit den Blick immer mehr nach vorn gerichtet hat“. Die Veranstalter dürfen sich zunächst einmal geschmeichelt fühlen, werden doch ihre Organisationen in oberflächlichen Kommentaren noch immer als friedenspolitisches Störpotential behandelt. Politiker der unterschiedlichsten Couleur, von CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen und, man staune: PDS, haben im BdV-Organ "Deutscher Ostdienst" (DOD) die Verdienste der Heimatvertriebenen als „Brückenbauer in Europa“ (Angela Merkel) gewürdigt und ihren wichtigen Beitrag zur Erfolgsgeschichte der damals noch jungen Bundesrepublik Deutschland herausgestellt. Die AfD mit ihrer Vertriebenenvereinigung, in der auch Sudetendeutsche mitarbeiten, kam in dem Verbandsblatt nicht zu Wort, sie wird schlichtweg ignoriert. Die Gruppierung wird auch in den meisten Tages- und Wochenzeitungen totgeschwiegen. Man höre aber: Der „Die Linke“-Mann Bodo Ramelow, Ministerpräsident in Thüringen, lobte ausführlich die Charta der Vertriebenen aus dem Jahr 1950 als ein "Zeichen der Hoffnung, des Friedens und der Versöhnung". Er hält es für ratsam, "die Sensibilität gegenüber den Themen Flucht und Vertreibung zu bewahren". Deshalb sei die Arbeit des BdV und der Landsmannschaften so wichtig. Ein bemerkenswertes Statement eines prominenten PDS-Politikers, wird das Charta-Dokument doch von vielen seiner Parteigenossen, aber auch von Vertretern anderer Parteien als verstaubt, wenn nicht gar als unglaubwürdig abgetan. Die Charta, das Grundgesetz der Vertriebenen, wie es genannt wird, sei ein "Meilenstein"



gewesen, sagt der schleswig-holsteinische Regierungschef Daniel Günther von der CDU. Das Dokument plädiere für eine ehrliche Erinnerungskultur und setze mit dem Ruf nach Verankerung eines weltweiten Vertreibungsverbots "ethische Standards". Eine korrekte Beschreibung. Die Bilanz der Reden bei der Großveranstaltung in Berlin und der Politiker-Grußworte wäre also höchst erfreulich, gäbe es nicht die vielen thematischen Leerstellen. Man hätte ja ganz gerne erfahren, ob zum Beispiel das Recht auf die [Hervorhebung durch unsere Redaktion, AWR-Nr. 747] Heimat, das früher bei ähnlichen Veranstaltungen ein selbstverständliches Postulat gewesen ist, noch hochgehalten wird, ebenso das Beharren auf Entschädigung für das geraubte Eigentum, oder ob das alles in einem diffusen Entspannungs- und Versöhnungsdenken untergegangen ist - wofür leider vieles spricht. Aber hier schwiegen sich die Damen und Herren Politiker aus. Dabei hat doch, und sie selber weisen darauf hin, der Begriff "Heimat" in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, auch in der Literatur, worauf die Regierungschefin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, zu Recht hinweist. Allerdings bettet sie die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen gleich in die aktuelle Migrationsdebatte ein. Es fehlt bei ihr die trennscharfe Unterscheidung zwischen Vertriebenen, Flüchtlingen, Migrant\*innen und Arbeits-Zuwanderern. Da steht die Sozialdemokratin von der Ostseeküste allerdings nicht allein, solche Unschärfe leisten sich quer durch die Parteien auch andere Politiker. Natürlich ist der Heimatverlust durch Flucht und Vertreibung eine zutiefst leidvolle Erfahrung, die Menschen überall auf der Welt teilen. "Das Gefühl der Entwurzelung begleitet die Betroffenen ein Leben lang und wirkt oft in die Folgegenerationen hinein." Das, was auch die „Sudetenpost“ mehrmals thematisiert hat, hat der brandenburgische Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) richtig beobachtet. Als Hauptredner bei der zentralen Kundgebung des BdV in Berlin hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) dazu aufgerufen, sich bewusster zu machen, "welch ein Glücksfall der Geschichte das vereinte Europa nach zwei grausamen Weltkriegen gerade für die Deutschen ist". Dieses Europa (eigentlich nur die EU) sichere Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. "Diese europäischen Werte sind verbindlich - und sie verbinden." Große Worte in einer Zeit, in der die Europäische Union kränkelt! Dass die zitierten europäischen Werte noch immer darunter leiden, dass östliche EU-Mitgliedstaaten an menschenrechtswidrigen Bestimmungen, man denke nur an die nicht erloschenen Beneš-Dekrete in der Tschechische Republik, festhalten, sie teilweise noch verteidigen und nicht die Absicht erkennen lassen, sie aus ihren Rechtsordnungen zu tilgen, wird füglich übergangen. Man muss also jenen zustimmen, die sagen: Die um sich greifende Schlussstrichmentalität gegenüber den deutschen Vertriebenen stärke das Völkerrecht nicht, sie sei ihm eher abträglich. Ähnliches lässt sich im Blick auf das Zusammenleben in der EU sagen. Denn Verdrängung oder politische Ausweichmanöver vor moralisch nicht Aufgearbeitetem, also nach wie harten Themen aus der Vergangenheit, ist niemals eine ehrliche Haltungsweise. Auch das hätte in die Reden und schriftlichen Erklärungen der Politiker am Tag der Heimat 2019 gehört.

Dieser Leitartikel von Chefredakteur Gernot Facius erschien in der Sudetenpost Folge 10 vom

3. Oktober 2019.

Es würde uns freuen, wenn Sie die monatlich erscheinende Sudetenpost als Jahresabo bestellen - im Inland um nur € 33,-, in Deutschland und im EU-Raum um € 39,- und in Übersee um € 65,-

Wien, am 07. Oktober 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 137, 2019

